Bitte prüfen Sie regelmäßig, ob ein Muster mit aktuellerem Stand zum Download bereitsteht.	**Muster 1 - AGFS**	Stand: 04/2025

Bezirksregierung Arnsberg
Dezernat 25.10
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

poststelle@bra.nrw.de

Ort, Datum

Kontaktdaten der Sachbearbeitung

Auskunft erteilt

E-Mail

Telefon

Wichtiger Hinweis zur Übermittlung:

Senden Sie den Antrag **ausschließlich per E-Mail** und ausschließlich an das Funktionspostfach poststelle@bra.nrw.de. Wir bitten darum, das Muster nur auf Anfrage zusätzlich per Post zu versenden.

Beachten Sie bitte, dass dieses Muster nicht im Original zurückgesendet wird, denn die Formularfelder sollen nach Übersendung nicht mehr veränderbar sein. Drucken Sie es entweder mit einem **PDF-Drucker** (z.B. „Microsoft Print to PDF“) oder **scannen sie es** ein, sofern Sie es noch auf Papier ausdrucken sollten. → *Ausfüllhilfe*

☐ **Erstantrag (einschließlich Aktualisierung bis zur Erstbewilligung)**

☐ **Änderungsantrag auf Gewährung einer Zuwendung / eines Zuschusses**

Ordnungsmerkmal (OM): sofern bekannt/schon vergeben	

1. Antragsteller/Antragstellerin	
Name/Bezeichnung	
Anschrift	
E-Mail-Adresse Funktionspostfach	

2. Maßnahme		
Bezeichnung		
Durchführungszeitraum	Geplanter Maßnahmebeginn (erste Auftragsvergabe)	Geplante Durchführungszeit
	(Datum)	(von Datum /bis Datum)

3. Statistische Daten
entfällt im Muster 1 - AGFS

4. Finanzierungsplan		
Alle Beträge sind kaufmännisch auf 100 Euro zu runden		**Summe**
4.1	Gesamtkosten (inkl. nicht zuwendungsfähiger Ausgaben)	
4.2	davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben	
4.3	abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentlicher Förderung)	
4.4	Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	
4.5	Beantragte Förderung (Nr. 5)	
4.6	beantragte / bewilligte öffentliche Förderung sonstiger Fördergeber (ohne Nr. 4.5) durch	
4.7	Eigenanteil (gesamt)	
	davon	
	4.7.1 zweckgebundene Spenden	
	4.7.2 finanzielle Beteiligung einer Kommune	
	4.7.3 Eigenanteil des Antragstellers	

5. Beantragte Förderung	
Zuwendungsbereich	Zuweisung
	Betrag
Förderrichtlinie: **Förderrichtlinien Nahmobilität**	

6. Begründung (Erläuterungsbericht)

Im Falle eines separaten Erläuterungsberichtes können Sie in den Punkten 6.1 und 6.2 auf diesen verweisen.

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen [z.B. Verkehrssicherheits-Aktionen], Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

Gegebenenfalls ein separates Blatt verwenden

Mitglied in der AGFS seit:

Übergeordnete Ziele:

Weitere Erläuterungen:

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7 Haushalterische Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

7.1	für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept ☐ nicht erforderlich ist. ☐ genehmigt ☐ noch nicht genehmigt ist. Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist ☐ im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. ☐ im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten. ☐ im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten.
7.2	die Haushaltsführung mit einer genehmigten Verringerung der allgemeinen Rücklage ☐ nicht erfolgt. ☐ erfolgt.
7.3	nachträgliche Änderungen bis zur Erstbewilligung bezüglich Ziffer 6.1 oder 6.2 unverzüglich angezeigt werden.

Sofern für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept genehmigt/noch nicht genehmigt ist oder die Haushaltsführung unter Verringerung der allgemeinen Rücklage erfolgt, ist diesem Antrag eine Stellungnahme der Kämmerei hinzuzufügen.

7.4	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw.

8. weitere Erklärungen	
Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass	
8.1	mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird. Ausnahme: Bescheid über die Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) ist am _____ erteilt worden.
8.2	sie / er zum Vorsteuerabzug ☐ nicht berechtigt ist ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nrn. 4.1 und 4.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).
8.3	der notwendige Grunderwerb gesichert ist und alle für das Vorhaben notwendigen Genehmigungen vorliegen.
8.4	die Zuwendungen a) nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt werden und b) die Antragstellerin oder der Antragssteller keine terroristische Vereinigung ist oder terroristische Vereinigungen unterstützt.
8.5	die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

9. Anlagen Beigefügte Anlagen bitte ankreuzen (Pflichtanlagen sind bereits angekreuzt).	
☐	Testat der AGFS-Geschäftsstelle
☒	Muster 2.5 (Anlage Ausgaben)
☐	Bestätigung Kommunalaufsicht
☒	Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der (Bau-) Maßnahme und Ausführungsart (Beschreibung des Vorhabens) sofern nicht in den Ziffern 5.1 und 5.2 bereits abschließend erläutert.
☐	Vermerk über die Anhörung der Behindertenvertretung zur Vorhabenplanung und eine Auflistung der Maßnahmen, die zur Erreichung der Barrierefreiheit geplant sind (Mobilitätsbescheinigung)
☐	Planunterlagen (bei investiven Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit) Übersichtsplan (Stadtplan o.ä.) Ggf. aussagekräftiger Lageplan und/oder Regelquerschnitt (alt/neu)

Ort, Datum

Namenswiedergabe und Funktion

10. Ergebnis der Antragsprüfung

Auszufüllen durch die Bewilligungsbehörde

☐ Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den Anforderungen und Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

☐ entspricht.
☐ nicht entspricht.

	Gesamtkosten	**Zuwendungsfähige Ausgaben**	**Zuwendung**
Für die Durchführung der Maßnahme hat die Antragstellerin / der Antragsteller folgende Kosten veranschlagt:			
Aufgrund der **Prüfung** ergeben sich folgende Beträge:			

☐ **Siehe gesonderten Vermerk über das Ergebnis der Antragsprüfung!**

Arnsberg, den _____ _____

(Ort, Datum) (Namenswiedergabe und Unterschrift)